

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 261 (1988)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 15. Mai 1986 bis 15. Mai 1987

Das offiziell als «Jahr des Friedens» bezeichnete Jahr, auf welches sich zu einem guten Teil diese Berichterstattung bezieht, war ebensowenig ein Jahr ohne Kriegshandlungen in der Welt, wie es alle anderen Jahre seit 1945 gewesen sind. Zwar ist der europäische Kontinent einmal mehr von kriegesischen Ereignissen verschont geblieben; aber in anderen Teilen der Welt ruhten die Waffen nicht.

Namentlich ist der nun schon seit sieben Jahren ausgefochtene Krieg zwischen *Irak* und *Iran* immer noch nicht beigelegt worden. Zu Land hat sich die militärische Initiative eindeutig zugunsten von Iran verschoben. Alle im Krieg besetzten iranischen Gebiete sind inzwischen von Iran zurückerobert worden. Und in mehreren Offensiven vermochten sich iranische Angriffsspitzen im Süden nahe an die Hafenstadt Basra heranzuarbeiten. Indessen ist die Eroberung dieser strategisch wichtigen Stadt den Persern ebensowenig gelungen wie die Unterbrechung der strategisch wichtigen Verbindungsstrasse zwischen Bagdad und Basra.

Im wesentlichen handelt es sich um einen typischen Abnutzungskrieg. Freilich ist ein Kollaps der einen oder anderen Kriegspartei nicht in Sichtweite gerückt. Die für die Fortsetzung der Kriegführung notwendigen Ressourcen sind trotz unabsehbaren Kriegsschäden und Hekatomben von Gefallenen noch keineswegs erschöpft. Die Kampfmoral scheint auf iranischer Seite etwas besser zu sein als auf Seiten Iraks, das aber dank eines ungleich grösseren Potentials von modernsten Waffensystemen sich in der Abwehr von infanteristischen Massenangriffen erfolgreich zu behaupten vermag.

Auch in *Afghanistan* wird nun schon länger Krieg geführt, als jeder der beiden Weltkriege dauerte! Es ist der Sowjetunion trotz des Einsatzes von rund 120 000 Mann eigener Besat-

zungs- und Kampftruppen und zeitweiliger vollständiger Beherrschung des Luftraums nicht gelungen, den Widerstand zu brechen. Der moskauhörigen Regierung in Kabul, in welcher Babrak Karmal inzwischen durch Mohammed Nadjbullah abgelöst worden ist, war weder mit einem Waffenstillstandsangebot noch mit einer Aufforderung zu einem politischen Ausgleich mit den Stämmen auch nur der geringste Erfolg beschieden. Im Gegenteil, die Verluste sind seither sowohl auf Seiten der Regierungstruppen wie auch auf Seiten der sowjetischen Truppen eher grösser geworden als zuvor. Dank der Einschleusung neuer Waffen, unter denen sich jetzt auch amerikanische Stinger-Raketen (für den Abschuss von Helikoptern und Flugzeugen) befinden sollen, haben die Aktionen der Widerstandskämpfer eine neue Dimension angenommen.

Pakistan, wohin Millionen von Afghanen geflohen sind, stellt die Versorgungsbasis des Widerstands dar. Daraus könnte sich eine Ausdehnung des Kriegs ergeben. Bereits sind zu mehreren Malen auf der pakistanischen Seite der Grenze Dörfer und Flüchtlingslager bombardiert worden. Auf der anderen Seite gibt es einige Anzeichen, dass unter Gorbatschow doch nun gelegentlich ein sowjetischer Truppenabzug unter gewissen Bedingungen in Betracht gezogen werden könnte.

Auch in *Libanon* ist noch immer nicht Frieden zurückgekehrt. Es kam zu einer grossen Zahl von politisch motivierten Entführungen und Attentaten mit «Autobomben». Die neueste Entwicklung besteht darin, dass Syrien zögernd seine Truppenpräsenz über das Bekaa-Tal hinaus bis an die Küste ausgedehnt hat. In Beirut wurde der Einzug syrischer Sicherheitskräfte zunächst begrüsst, doch muss auch Syrien die bereits von anderen gemachte Erfahrung wiederholen, dass fremde Truppen mit der Zeit immer unbeliebter werden und zur Zielscheibe von Attacken werden.

In *Nicaragua* herrscht Krieg in Form von Scharmützeln und militärischen Überfällen der sog. Contras, die neuerdings aufgrund wieder reichlich fliessender amerikanischer Unterstützung aktiver geworden sind. Die Con-

tras operieren zumeist von Basislagern in Honduras aus. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, von einem Teil des Territoriums von Nicaragua fest Besitz zu nehmen oder eine zusammenhängende Front zu bilden. Ihre militärische Stärke scheint dazu nicht auszureichen.

In Angola wiederum, wo Savimbi nach wie vor im Süden und Südosten seine Positionen gegen alle Angriffe der Regierung in Luanda mit den ihr zur Verfügung stehenden rund 30 000 kubanischen Söldnern erfolgreich gehalten hat, ist und bleibt die «Unita» von strategischer Bedeutung. Sie kontrolliert die Benguela-Bahn. Indessen scheinen ihre Kräfte nicht auszureichen, die Herrschaft bis an die Küste auszudehnen und die Hauptstadt einzunehmen. Die von seiten der USA, vor allem aber aus Südafrika gewährte Waffenhilfe scheint nur gerade zu genügen, ein militärisches Patt zu sichern.

* * *

Hinter vielen der die Welt in Bann haltenden Konflikte stehen die politischen und strategischen Interessen der beiden Pole Ost und West. Die *Vereinigten Staaten*, als mächtigster Exponent des Westens, sind in der Ära Reagan zwar als Supermacht dank neuen Rüstungsanstrengungen und der Wiederherstellung ihres Selbstvertrauens inzwischen so erstarkt, dass sie von der Gegenseite wieder für voll genommen werden. Insbesondere hat das von Reagan in Aussicht genommene SDI-Projekt mit im Weltraum platzierten Satelliten, dank wel-

chem sowjetische Interkontinentalraketen im Ernstfall schon kurz nach deren Start unter Verwendung von Laserstrahlen vernichtet werden könnten, in der sowjetischen Führung seinen Eindruck nicht verfehlt. Diese umwälzende Innovation würde die sowjetische nukleare Raketendrohung gegenüber dem Terri-

torium den Vereinigten Staaten relativieren und einen Schlag der Sowjetunion entscheidend weniger folgeschwer machen.

Diese Trumpfkarte war allerdings die letzte, welche amerikanischerseits im Ringen mit der anderen Supermacht mit sichtbarem Erfolg ausgespielt werden konnte. Der glückliche Stern, unter welchem Präsident Reagan seine erste Amtsdauer absolviert hat, ist ihm im Herbst und Winter 1986 ziemlich abrupt abhanden gekommen. Schon anlässlich eines Treffens mit Gorbatschow, das im Oktober 1986 in Reykjavik abgehalten worden ist, machte Reagan – im Gegensatz zu seinem Gegenspieler – nicht den Eindruck, mit

der gleichen Souveränität zu agieren wie vormals an der Zusammenkunft in Genf. Am 4. November wurde hierauf die Stellung Reagans durch den seiner republikanischen Partei ungünstigen Ausgang der amerikanischen Senatswahlen innenpolitisch geschwächt. Die Demokraten, nachdem sie bereits das Repräsentantenhaus beherrschten, errangen auch die Mehrheit im Senat.

Von sehr viel grösserer Bedeutung ist indessen, dass Reagan am 13. November vor aller Öffentlichkeit das peinliche Zugeständnis ma-



Pierre Aubert
Bundespräsident für das Jahr 1987
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

chen musste, dass die USA heimlich an Iran Waffen geliefert haben, wobei der Erlös aus diesem unbedachten Geschäft den in Nicaragua kämpfenden Contras zugekommen sein soll. Was soll man davon halten, dass die amerikanische Regierung jahrelang gegen Iran einen Boykott und ein Waffenembargo praktiziert hat, auf welche Haltung auch andere Regierungen im Westen unter nicht gerade sanfter Druckausübung verpflichtet worden sind, während sich nachher herausstellt, dass mit Wissen und Willen des amerikanischen Präsidenten vom amerikanischen Geheimdienst hinterrücks genau das Gegenteil getan worden ist?

Und was die Verwendung des Gewinns aus diesen Waffenlieferungen betrifft, so sollten offenbar mit diesen Geldern die Contra-Kämpfer so lange finanziert werden, als der Kongress nicht bereit war, die von Reagan angebotenen Gelder für deren Kampf zu bewilligen. Es stellen sich in dieser Beziehung in Amerika brisante innenpolitische Fragen hinsichtlich der Kompetenz des Präsidenten, ohne

Wissen des Parlaments selbständig Aussenpolitik zu betreiben bzw. sich über klare Mehrheitsbeschlüsse des Kongresses hinwegzusetzen.

Reagan hat sich von diesem schweren Gesichtsverlust nicht mehr richtig zu erholen vermocht. Wenn schon ihm in den USA das Schlimmste erspart geblieben ist, steht zu befürchten, dass Reagan während der ihm noch verbleibenden Zeit im Amt in seinem öffentlichen Ansehen so sehr angeschlagen bleibt, dass er inskünftig nur noch eine schwache Figur sein wird.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung sammeln sich am amerikanischen Horizont einige Wolken. Zwar ist der Konjunkturverlauf günstig geblieben; die Arbeitslosigkeit ist noch einmal zurückgegangen, während die Inflationsrate mit 4% bescheiden war. Aber diesen erfreulichen Daten stehen Probleme gegenüber, die alles andere als auf die leichte Schulter genommen werden können. Das horrende Budgetdefizit ist noch nicht wieder im Griff; die Staatsverschuldung steht auf schwindelerregenden Höhen; und das Aussenhandelsdefizit zeigt erst in allerneuester Zeit, nachdem der Aussenwert des Dollars konstant gefallen und im Frühjahr 1987 an der unteren Rekordmarke von Fr.1.47 angekommen ist, etwelche Anzeichen sich zu vermindern.

Die von Reagan anfänglich mit grossen Erwartungen inszenierte, neue Steuer- und Wirtschaftspolitik ist weitgehend ein Fehlschlag, da die Herabsetzung der Steuern nicht die Unternehmer zu grösseren Investitionen, wohl aber die Lohnempfänger zu entsprechend höheren Konsumausgaben ermuntert



Gipfeltreffen in Reykjavik

Nach ihrem erstmaligen Treffen in Genf vom November 1985 trafen sich Präsident Ronald Reagan und Parteisekretär Michail Gorbatschow im Oktober 1986 in der Hauptstadt von Island.
(Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

hat. Die liquid gewordenen Mittel sind mangels ausreichend gestiegenen inländischen Angeboten allzu stark in importierte Güter geflossen.

Immer mehr hat Reagan auch Schwierigkeiten, gegen handfeste protektionistische Wünsche seitens der von Absatzsorgen heimgesuchten Farmer und der von der ausländischen Importkonkurrenz stark gebeutelten Industriezweige anzukämpfen. So musste er sein Credo zum Freihandel bereits in mehreren Fällen verraten, indem beispielsweise den Japanern eine Limitierung ihrer Automobilexporte nach den USA aufgedrängt wurde; und im Frühling 1987 ist der erfolgreichen japanischen Konkurrenz im Bereich der Halbleiter ein prohibitiver Zollzuschlag von 100 % auf diesen Importen auferlegt worden! Auch mit der EG ist es wegen bedrohter amerikanischer Agrar-Exporte – insbesondere nach dem jetzt der EG angehörenden Spanien – zu einer schweren Auseinandersetzung gekommen. In deren Verlauf wurde mit Drohungen von Strafzöllen operiert, bevor es gerade noch in letzter Minute an Stelle eines eskalierenden Handelskriegs zu einem Kompromiss gekommen ist.

* * *

Wirtschaftlich ist das Bild, welches die *Sowjetunion* bietet, freilich sehr viel schlechter. Die unter Gorbatschow eingeleiteten Verbesserungen der Produktivität sind zwar aufgrund der offiziell ausgewiesenen Zahlen eindrucksvoll; namentlich im Bereich der Landwirtschaft dürften sie auch zutreffen. Diese Erfolge sind aber offensichtlich mehr den für einmal besseren Witterungsverhältnissen zuzurechnen, die es ermöglicht haben, die enormen Importe von Zerealien zur Deckung der eigenen Produktionsdefizite zu reduzieren. Die Versorgung der Märkte für den Bedarf der Bevölkerung lässt aber wie eh und je sehr zu wünschen übrig, wobei insbesondere der Qualitätsstandard den Vergleich mit dem Westen nicht aushält. Gorbatschow scheint zur Schlussfolgerung gelangt zu sein, dass vor al-



Hoher Staatsbesuch in Bern

Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker stattete der Schweiz anfangs Mai 1987 einen offiziellen Besuch ab. Der hohe Gast, der in den dreissiger Jahren in Bern das Gymnasium besucht und sein Berndeutsch noch nicht ganz vergessen hat, wurde auch vom Berner Gemeinderat empfangen. Unser Bild zeigt ihn mit Stadtpräsident Werner Bircher (links) bei einem Spaziergang durch die Berner Altstadt vor dem Zytglogge.

(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

lem einmal die Produktionseinbussen aufgrund von Fehlplanungen, falscher Mittelallokation, Korruption und Schlamperei ausgemerzt werden müssen, damit wenigstens jenes Rendement des vorhandenen Produktionsapparates erreicht werden kann, das ohne tiefgreifende Veränderung des planwirtschaftlichen Systems allenfalls möglich wäre. Wie zu erwarten, wurde an diesem für den dogmatischen Kommunismus sakrosankten System nicht gerüttelt. Immerhin werden neuerdings

wieder kleine Privatbetriebe, die von Familien oder von privaten Genossenschaften geführt werden, zugelassen. Es handelt sich indessen bei dieser Konzession an das ansonsten vermaledeite Gewinnstreben nur um eine Randererscheinung im Verpflegungs- und Dienstleistungssektor.

Mehr zu reden geben die Versuche und Bemühungen von Gorbatschow, eine geistige Klimaverbesserung herbeizuführen. Gorbatschow predigt unermüdlich die Grundsätze von «Glasnost» und «Perestrojka», was zu deutsch Offenheit und Transparenz bzw. Umwandlung bedeutet. In dieser Beziehung ist tatsächlich eine gewisse positive Veränderung festzustellen, wenn auch von einem Durchbruch zu freiheitlichen – und schon gar nicht wahrhaft demokratischen – Strukturen nicht die Rede sein kann. Die Zeitungen bringen neuerdings Berichte über Unfälle und mitunter auch über Mängel, Fehler und Willkürakte, was ein in der UdSSR absolutes Novum ist.

Es sind auch eine Anzahl von politischen Häftlingen freigelassen und einige Dissidenten rehabilitiert (Sacharow) oder in die Emigration entlassen worden (Dr. Korjagin). Es dürfte sich allerdings mehr um die Absicht einer Imageverbesserung im Ausland als um eine prinzipielle Absage an Willkür und Repressionsmethoden des kommunistischen Regimes handeln. Ein Bruch mit der Einschüchterungsmethode und dem rücksichtslosen Machtprinzip, unter welchem dieses Regime 1917 angetreten ist, könnte einen Dammbruch bewirken, den das Interesse der Machthaber an der puren Selbsterhaltung nicht zu riskieren wagt. Die spannende Frage ist, wie weit Gorbatschow die kleinen Schritte seiner Reformen durchsetzen kann, ohne von der bisher von angenehmen Privilegien profitierenden «Nomenklatura» selbst weggefeht zu werden.

Der neue Führer im Kreml entpuppte sich als gewiegter Taktiker und Stratege auf der Weltbühne. Er brillierte beim Treffen mit Reagan in Reykjavik durch Präsenz und psychologische Überlegenheit. Es ist ihm gelungen, in der Abrüstungsfrage die Initiative an sich zu reißen und sich als an der Friedenssicherung

interessierter Staatsmann aufzuspielen. Er verstand es auch, geschickt als neu erscheinen zu lassen, was in Wahrheit schon vor Jahren von der Gegenseite vorgeschlagen worden war. Dadurch, dass Gorbatschow in bezug auf die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen eine Null-Lösung offerierte, ist ihm ein Schachzug geglückt, dessen Folgen noch unabsehbar sind. Die Amerikaner und die NATO befinden sich dadurch jetzt in einem Dilemma, derweilen sich am Horizont schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten einerseits und innerhalb der NATO andererseits abzuzeichnen beginnen. Insbesondere könnte dadurch die Bundesrepublik Deutschland (als Frontstaat der NATO) zu einem folgenschweren Dissens verführt werden. Der beidseitige Verzicht auf nukleare Mittelstreckenraketen würde die bestehende Übermacht des Warschau-Pakts an konventioneller, militärischer Kampfkraft der heute noch möglichen Kontenurung durch nukleare Waffen der NATO berauben und damit Westeuropa weitgehend wehrlos einem allfälligen sowjetischen Vorstoss bis zum Atlantik ausliefern!

Die Null-Lösung, wie sie von Gorbatschow angeboten wird, kann im Westen nur und erst in Betracht gezogen werden, wenn erstens absolute Gewähr besteht, dass die sowjetischen Raketen wirklich vollständig von der Bildfläche verschwinden (und nicht wieder kurzfristig herbeigeschafft werden könnten), und zweitens, wenn die NATO gleichzeitig ihr kombiniertes militärisches Potential so stark vermehrt, dass das heutige Ausmass an Sicherheit auf der unteren Ebene des Rüstungsvergleichs an Stelle des atomaren Patt alsbald gewährleistet wird. Fraglich ist aber, ob die NATO-Staaten allesamt dazu bewogen werden könnten, um den Preis der Beseitigung der Nuklear-Raketen die sehr hohen Kosten der erforderlichen Aufrüstung im Bereich der konventionellen Waffen willig auf sich zu nehmen.

Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist schliesslich noch der Beschluss des Politbüros vom 16. August 1986, auf das Projekt der Umleitung der grossen sibirischen Flüsse von

Norden nach Süden definitiv zu verzichten. Die Umweltbedenken hinsichtlich der möglichen klimatischen Auswirkungen dieses gigantischen Vorhabens waren vormals auch ausserhalb der Sowjetunion beträchtlich.

* * *

In der *Bundesrepublik Deutschland* ist das wichtigste Jahresereignis die Bundestagswahl vom 25. Januar gewesen. Die CDU/CSU kam zwar mit 44,3% der Wählerstimmen als wiederum stärkste Partei über die Runden, verlor aber im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 1983 beträchtlich an Wählern (1983: 48,8%). Die SPD mit ihrem Bundeskanzlerkandidaten Johannes Rau, dem Ministerpräsidenten des Bundeslands Nordrhein-Westfalen, brachte es nur noch auf 38,2% der Stimmen (1983: 42,9%). Die relativen Gewinner waren die FDP mit 9,1% Stimmen (1983: 7%) und die Grünen, die von 5,6% auf 8,3% emporschnellten. Bei der SPD zeichnete sich im übrigen ein deutliches Erstarken des linken Flügels ab. Als Folge des schlechten Wahlergebnisses der SPD verzichtete Rau darauf, zum Parteichef gewählt zu werden. An seiner Stelle berief die SPD Hans-Joachim Vogel, nachdem der Versuch von Willy Brandt, die Griechin Margarita Mathiopoulos zur Parteiprecherin zu promovieren, dessen längst fälligen Rücktritt bewirkt hatte.

Die Stimmengewinne der Grünen, die sich im

allgemeinen getreulich auch in anderen deutschen Wahlen abzeichneten, dürften zu einem guten Teil durch Tschernobyl und die Vergiftung des Rheins aufgrund der Brandkatastrophe von Schweizerhalle bewirkt worden sein. Im übrigen ist aber die Tätigkeit der Grünen, abgesehen von eindrucksvollen Stimmen- und Sitzgewinnen, wenig erfolgreich. Namentlich ist das Koalitionsexperiment zwischen SPD und Grünen in Hessen schmachvoll gescheitert. Nach der Entlassung des dortigen grünen Umweltministers durch Ministerpräsident Holger Börner ist dieses erste praktische Zusammengehen der beiden Parteien im Februar zusammengebrochen. Börner selbst legte im Zusammenhang mit dieser Koalitionskrise den SPD-Landesvorsitz nieder.

Am 11. März fand schliesslich die Wahl des Bundeskanzlers statt. Der bisherige Bundes-



Ski-Weltmeisterschaften in Crans-Montana im Februar 1987

Nicht weniger als 14 Medaillen, davon 9 Goldmedaillen, holten sich die schweizerischen Skirennfahrerinnen und -fahrer. Zu diesem Grosserfolg trugen bei (von links): Vreni Schneider, Karl Alpiger, Maria Walliser, Pirmin Zurbriggen, Erika Hess, Peter Müller und Michela Figini.

(Keystone-Press AG, Zürich)



Zwei neue Bundesräte

Gratulationen und Blumen für die mit ausgezeichneten Resultaten gewählten neuen Bundesräte Flavio Cotti (links) aus dem Tessin und Arnold Koller aus Appenzell-Innerrhoden. Sie ersetzen die zurückgetretenen Bundesräte Alphons Egli und Kurt Furgler.

(Keystone-Press AG, Zürich)

kanzler Helmut Kohl (CDU) wurde mit einem knappen Resultat bestätigt; er erhielt bloss 253 von 486 abgegebenen Stimmen! In der neuen Regierung gab es nur wenig Umbesetzungen. Genscher (FDP) wurde wiederum Aussenminister; neu in die Regierung aufgenommen wurden Hans Klein (CSU) als Entwicklungsminister und Jürgen Möllemann (FDP) als Bildungsminister.

In wirtschaftlicher Beziehung machte die Bundesrepublik eine recht gute Figur, zeigt doch, auf das ganze Jahr bezogen, die Teuerung eine negative Rate von 0,2%, während die Einkommen um 4% gestiegen sind! Das Bruttozialprodukt ist um 2,4% gestiegen, die industrielle Produktion indessen nur um 0,3%. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit nur unbe-

deutend zurückgegangen, nämlich von 9,1% auf immer noch 8,9%. Die Exporte in den Dollarraum haben begonnen, in den empfindlichen Branchen unmissverständlich einen Schatten zu werfen.

In *Österreich* wurde am 8. Juni der Staatspräsident gewählt. Als Kandidat der ÖVP bewarb sich der ehemalige Generalsekretär der UNO, Kurt Waldheim. Waldheim hatte verschwiegen, dass er nach dem Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich einer Formation der SA angehört und als Oberleutnant der deutschen Wehrmacht in Stabsfunktion im Kommando des später als Kriegsverbrecher hingerichteten Generals Löhr in Griechenland und im besetzten Jugoslawien gedient

hatte. Eigene Kriegsverbrechen konnten ihm allerdings nicht nachgewiesen werden. Nach Waldheims Wahl demissionierte Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) unverzüglich, weil er eine Zusammenarbeit mit dem neuen Bundespräsidenten als unzumutbar betrachtete. Nachfolger wurde Franz Vranitzky (SPÖ). Nach einem Rechtsrutsch in der mit der SPÖ die Regierungskoalition bildenden FPÖ kündigte am 15. September die SPÖ die bisherige Koalition mit dieser Partei. Am 23. November fanden Parlamentswahlen statt, welche der SPÖ zwar Sitzverluste brachten, aber sie als stärkste Partei bestätigten. Auch ÖVP und FPÖ mussten Sitzverluste hinnehmen. Hierauf kam eine grosse Koalition zwischen SPÖ und ÖVP zustande, mit Vranitzky als Bundeskanzler. -

Waldheim leidet im Ausland unter einem schlechten Image, was ihn nicht nur daran hindert, Staatsbesuche zu absolvieren, sondern die nicht vollständig ausgeräumten Verdachtsmomente führten auch dazu, dass er in den USA ausdrücklich als «persona non grata» erklärt wurde.

In *Italien* kam es am 27. Juni zum Sturz der Regierung Craxi. Aber einmal mehr wurde Craxi sein eigener Nachfolger mit einer neuen Mehrparteien-Regierung, die ihrerseits dann am 3. März 1987 zurücktrat. Es folgte ein kurzes Intermezzo mit einer von Amintore Fanfani geführten Übergangsregierung. Da die Regierungskrise nicht gelöst werden konnte, ordnete Staatspräsident Cossiga auf Juni 1987 Neuwahlen an. Die Terrorwelle in Italien ist gegenüber den Vorjahren inzwischen stark abgeflaut. Es fanden laufend Prozesse gegen eine grosse Zahl von Terroristen jeder Couleur, aber auch gegen Angehörige der Mafia statt.

Dafür hat sich das Zentrum der Terroranschläge auf *Frankreich* verschoben, wo einige spektakuläre Attentate zu beklagen waren, darunter auch auf den obersten Leiter der Renault-Werke in Paris, Georges Besse, der ermordet wurde. Der Polizei gelang die Verhaftung mehrerer lange gesuchter Terroristen, so auch aus dem Kreis der berüchtigten «Action directe». Am 13. September führte Frankreich die Visumpflicht ein, von welcher nur die Angehörigen der EG-Staaten und Schweizer Bürger befreit blieben. Ein neues Universitätsgesetz führte im Winter in Paris zu neuen Studentenunruhen, die aber diesmal nicht auf die Arbeiter-

schaft übergriffen. Das bei den Studenten missliebige Gesetz wurde von der Regierung fallengelassen, worauf sich die Szene beruhigte. Indessen kam es im Dezember und Januar aus anderen Gründen zu Streiks der Eisenbahner, die viele Strecken der Staatsbahnen, aber auch der Untergrundbahn in Paris während mehreren Wochen lahmlegten oder beeinträchtigten. In diesem Fall blieb aber die Regierung hart. Die Arbeitslosigkeit ist in Frankreich nach wie vor hoch; sie ist binnen Jahresfrist sogar noch von 10,2% auf 11% angestiegen. Die Regierung Chirac verwirklichte erfolgreich die ersten geplanten Rückführungen von verstaatlichten Unternehmen in Privatbesitz; es kamen durchwegs starke Aktienüberzeichnungen zustande.

Nicht beigelegt worden sind bisher die politischen Schwierigkeiten im pazifischen Überseegebiet Neu-Kaledonien; und auf Korsika kam es erneut zu Bombenanschlägen der korsischen Separatisten. In den kriegesischen Wir-



Der Bundesrat in neuer Zusammensetzung

Von links: die Bundesräte Koller (neu), Delamuraz, Stich, Bundespräsident Aubert, Bundesrat Schlumpf, Frau Bundesrätin Kopp und Bundesrat Cotti (neu).
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

ren in Tschad, einer ehemals französischen Kolonie in Zentralafrika, unterstützte Frankreich mit einem Truppenkontingent, mit Jaguar-Kampfflugzeugen und Logistik die Regierungstruppen von Präsident Habré gegen die von Libyens Ghaddaffi unterstützten Rebellen von Oueddei im Norden dieses Landes. Oueddei ging ausser Landes, die meisten Rebellen liefen zu Habré über, worauf die Truppen Ghaddaffis schwere Niederlagen einstecken mussten, nota bene unter Verlust eines grossen Teils ihres von der Sowjetunion gelieferten Rüstungsmaterials.

Grossbritannien war nach wie vor mit den blutigen Unruhen in Nordirland konfrontiert. Die Wirtschaftsaussichten sind wieder etwas besser geworden, zumal der sich wieder langsam erholende Ölpreis auch in der britischen Zahlungsbilanz günstige Auswirkungen zu zeigen beginnt. Nach seinem tiefen Fall hat auch das Pfund Sterling wieder etwas aufgeholt. Die Premierministerin Mrs. Thatcher entschloss sich, obwohl die Arbeitslosigkeit mit 11,1% immer noch ein Problem erster Ordnung bleibt, vor Ablauf ihrer maximalen Amtszeit auf den Sommer 1987 Neuwahlen anzusetzen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sie der erste britische Regierungschef sein wird, der dreimal nacheinander die Regierung anführt. Die Konservativen profitieren nach wie vor von der Absplitterung der «social democrats» von der Labour-Partei, die arg und offenbar dauernd geschwächt worden ist.

Ein schweres Unfallereignis im Kanal hat die Briten in diesem Jahr aufgeschreckt und den Willen gestärkt, das Projekt einer direkten Tunnelverbindung unter dem Meeresboden mit Frankreich voranzutreiben. Am 6. März 1987 ist nämlich nach der Ausfahrt aus dem belgischen Hafen Zeebrugge eine grosse, mit Fahrzeugen und Passagieren voll beladene britische Kanalfähre gekentert, wobei eine grosse Zahl von Menschen, im Innern des Schiffes eingeschlossen, umgekommen ist.

Schliesslich noch ein Blick auf *Südafrika*: Obschon die Regierung Botha Stück für Stück die den Menschenrechten widersprechenden Apartheid-Gesetze aufgehoben hat und auch

nach einer politischen Lösung sucht, ist im Berichtsjahr Südafrika von der EG, von den USA, von Australien und Japan sowie von den skandinavischen Ländern mit zum Teil harten, zum Teil mehr nur symbolischen Wirtschaftssanktionen «bestraft» worden. Paradox ist, dass diese Massnahmen am meisten die Schwarzen schädigen, die nun wegen Absatzeinbussen und Produktionsdrosselungen ihrer Arbeitsplätze verlustig gehen bzw. als Gastarbeiter Südafrika verlassen müssen und inskünftig ihre Familien nicht mehr unterstützen können. Südafrika ist fest entschlossen, allen ökonomischen Widerwärtigkeiten aufgrund der Sanktionen zu trotzen. Der Druck von aussen hat die Reformbereitschaft eher vermindert als verstärkt! Diese Wirkung kam deutlich in den Wahlen vom 6. Mai ins (weisse) Parlament zum Ausdruck, hat doch die Partei von Präsident Botha ihre Position gegenüber der progressiven Partei gestärkt, während die rechtsstehenden Konservativen nun zur eigentlichen Opposition aufgestiegen sind. Im Innern kam es, vor allem in den von Schwarzen bewohnten städtischen Gebieten, sporadisch zu Unruhen, welche die Regierung am 12. Juni bewogen haben, den Ausnahmezustand zu verhängen. Die bedenkliche Folge ist, dass dadurch die rechtsstaatlichen Sicherheiten weitgehend aufgehoben worden sind und Verhaftungen auf unbestimmte Zeit ohne richterliche Verfügung vorgenommen werden können.

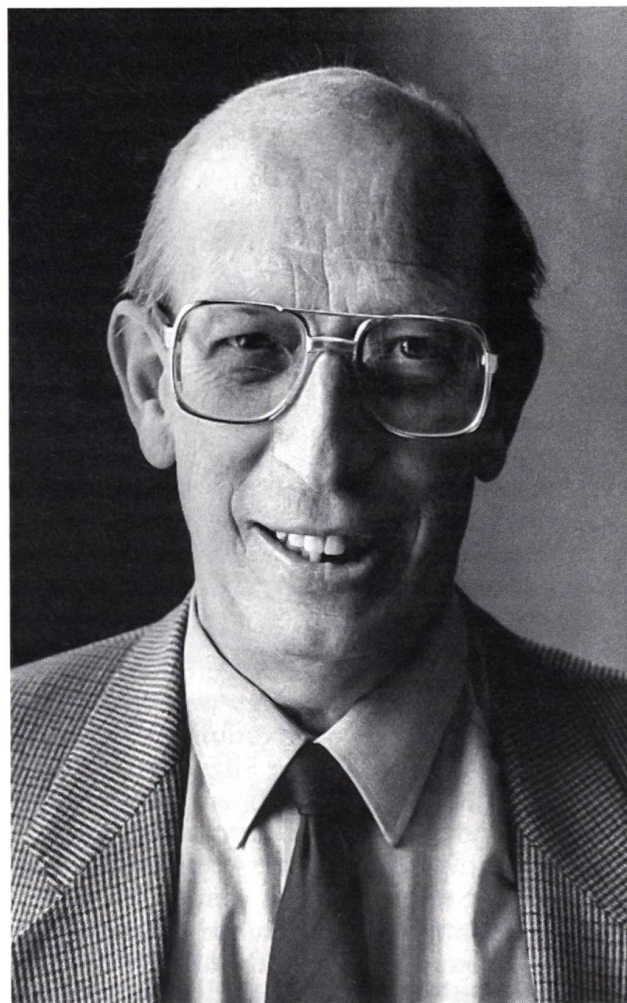
* * *

In der *Schweiz* kam es in drei Urnengängen zu je mehreren eidgenössischen Abstimmungen. Am 28. September hatte der Souverän zu vier Vorlagen Stellung zu nehmen. Keine der Vorlagen fand Gefallen. Sehr massiv, nämlich mit über 81% Nein-Stimmen, wurde eine Initiative zugunsten von Lehrwerkstätten abgelehnt, die von der extremen Linken lanciert worden war. Mit 76% Nein-Stimmen erlitt die sog. Kultur-Initiative, die einen fixen Prozentsatz der Bundesausgaben zur Unterstützung kultureller Zwecke vorschreiben wollte, das gleiche Schicksal; aber auch der vom Parla-

ment unterbreitete Gegenvorschlag, der gemässiger war, wurde noch mit 58% Nein-Stimmen verworfen. Der Zuckerbeschluss schliesslich, bei welchem es um eine Aufstockung der im Inland produzierten Quantität von Rübenzucker ging, wurde überraschend eindeutig mit 61,7% Nein-Stimmen bachab geschickt. Von einigen Kommentatoren wurde das letztgenannte Abstimmungsergebnis als eine deutliche Wende in der Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit gegenüber der traditionellen Landwirtschaftspolitik angesehen, weil zum ersten Mal das Konsumenteninteresse in einer Kontroverse mit der Landwirtschaft erfolgreich mobilisiert worden sei. Ebenso gut ist aber möglich, dass die Meinung, es werde schon genügend Zucker im Inland erzeugt, ausschlaggebend gewesen ist.

Beim Urnengang vom 7. Dezember kam es zu zwei weiteren Abstimmungen, nämlich über den Mieterschutzartikel, der eine rechtliche Besserstellung der Wohnungsmieter bezweckte, und über die Schwerverkehrsinitiative, welche eine saftig höhere Besteuerung des Schwerlastverkehrs sofort einzuführen versuchte. Der Mieterschutzartikel wurde mit 64,4% Ja-Stimmen angenommen, während die Schwerverkehrsinitiative mit 66,1% Nein-Stimmen verworfen wurde.

Noch einmal kam es zu einem Urnengang am 5. April. Diesmal bezog sich das Volksverdict wiederum auf vier Vorlagen. Die SP hatte eine Volksinitiative lanciert, welche für Militärausgaben des Bundes das Referendum ermöglichen sollte. Im Bund existiert das Finanzreferendum ansonsten nicht. Diese Initiative, bei welcher es unterschwellig auch um ein Bekenntnis für oder gegen eine schlagkräftige Armee ging, wurde mit 59,4% Nein-Stimmen abgelehnt. Noch deutlicher war das Ständemehr, indem lediglich die Kantone Basel-Stadt, Genf und Jura annehmende Mehrheiten auswiesen. Ebenso engagiert wie bei der Frage der Einführung des Rüstungsreferendums war die Ausmarchung um die Revision des Asylgesetzes. Hier ging es darum, wieder Ordnung in das Asylwesen der Schweiz zu bringen und die Asylgewährung auf echte Flüchtlinge, die an



Hans Stark, 1930–1987

Nach schwerer Krankheit ist der Chefredaktor der Tageszeitung «Der Bund» am 5. Mai 1987 verstorben.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

Leib, Leben und persönlicher Sicherheit wirklich bedroht sind, einzuschränken, unter gleichzeitiger Vereinfachung und Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens. Die Revision des Asylgesetzes wurde mit 67,4% Ja-Stimmen, die damit in Zusammenhang stehende Revision des Ausländergesetzes annähernd gleich stark angenommen. Bei der vierten Abstimmungsvorlage ging es um die Gültig-Erklärung des doppelten Ja bei Abstimmungen über Initiativen mit Gegenvorschlag.

In diesem Fall war bisher schon das Nein für beide Vorlagen gültig, das zweifache Ja aber ungültig, weil logischerweise nicht zwei verschiedene, sich eventuell sogar widersprechende Verfassungsnormen in die Verfassung eingefügt werden können. Diese Schwierigkeit sollte in der neuen Variante dadurch behoben werden, dass jeder Stimmbürger die hypothetische Frage auf dem Stimmzettel beantworten kann, welcher der konkurrierenden Vorlagen er im Falle der Annahme beider den Vorzug geben möchte. Für die neue Lösung sind 63,3% Ja-Stimmen abgegeben worden; nur zwei Kantone brachten eine verwerfende Mehrheit zustande.

* * *

Einmal mehr wurde dem Parlament sehr viel Arbeit und lange Präsenz abgefordert. Damit sein grosses Pensum erledigt werden konnte, musste insbesondere der Nationalrat zusätzliche, teilweise auch längere Sitzungen auf sich nehmen. Die Flut der parlamentarischen Vorstösse hat noch einmal zugenommen; es werden immerzu mehr Vorstösse unternommen, als in jeder Session erledigt werden.

In der Sommersession wurde während drei Sitzungstagen eine Debatte über den aufschreckenden Reaktorunfall von Tschernobyl abgehalten. Diese Gelegenheit wurde von den Kernkraftgegnern weidlich zur Propagierung des Ausstiegs aus der Nukleartechnologie genutzt. In der Herbstsession ist die Überprüfung des Nationalstrassennetzes abgeschlossen worden; im noch pendenten Streckenbauprogramm ist nur die Verbindung über den Rawil gestrichen worden. In der Wintersession ist das Konsumkreditgesetz, an welchem jahrelang herumgebastelt worden war, daran gescheitert, dass der Ständerat dieses Gesetzesprojekt als überflüssigen Formelkram kurzerhand fallenliess. Sowohl die Vereinabahn in Graubünden wie auch das Projekt «Bahn 2000» hat beide Kammern erfolgreich passiert. Gegen das letztere Vorhaben ist allerdings am 10. April 1987 mit über 80 000 Unterschriften

das Referendum zustande gekommen. In der Wintersession ist auch eine ausgedehnte Aussprache über die Umweltkatastrophe von Schweizerhalle abgehalten worden.

Da die beiden der CVP angehörenden Bundesräte Egli und Furgler ihren Rücktritt auf Jahresende eingereicht hatten, schritt die Bundesversammlung am 10. Dezember zur Ersatzwahl für die beiden Demissionäre. Die von der CVP-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten wurden im ersten Wahlgang reibungslos gewählt, Arnold Koller mit dem glänzenden Resultat von 180 Stimmen, Flavio Cotti mit 163 Stimmen. Mit dem Tessiner Cotti ist zum ersten Mal seit 13 Jahren wieder die italienischsprachige Schweiz in der Landesregierung vertreten. Bundesrat Koller übernahm nachmals das Militärdepartement von Bundesrat Delamuraz, der ins Volkswirtschaftsdepartement wechselte, während Bundesrat Cotti ins Departement des Innern einzog. Zu neuen Ratspräsidenten wurde im Nationalrat der Waadtländer Cevey (FDP), im Ständerat der Schwyzler Dobler (CVP) erkoren.

In der Frühjahrssession sprach sich das Parlament für die Schaffung eines Taggeldes für alle Mütter nach der Geburt aus, während das vorgeschlagene Bonus-System in der Krankenversicherung abgelehnt wurde. Ein vom Bundesrat präsentiertes Luftreinhaltungskonzept fand Anklang.

* * *

In finanzieller Beziehung war 1986 für den Bund ein Jahr, das aus jedem Rahmen fällt. Nicht nur wartete die PTT mit einem noch nie dagewesenen Riesengewinn von 554 Mio. Franken auf, auch die Staatsrechnung zeigt nach 15 aufeinanderfolgenden Defizitjahren zum ersten Mal wieder einen Überschuss – und zwar gleich annähernd von 2 Milliarden! (Das Defizit im Vorjahr betrug 696 Mio. Franken.) Bundesrat Stich hat als Finanzminister jetzt alle Mühe, zur Vorsicht zu mahnen und die prompt auftauchenden Begehrlichkeiten gegenüber dem Bundessäckel abzuwehren. Die langfristige Finanzplanung hat indessen

das trockene Ufer noch nicht erreicht; gleich um die Ecke drohen wieder rote Zahlen. Weniger erfreulich sieht die Rechnung der SBB aus, welche – nach Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen – ein Defizit von neuerdings 357 Mio. Franken eingefahren haben. Summa summarum kosten die SBB den Bund über eine Milliarde im Jahr!

Zuletzt noch einige Personalien: Preisüberwacher Odilo Guntern hat am 1. Juli seine Funktionen aufgenommen. Zum neuen Chef der Gesamtverteidigung ist am 22. Dezember der Urner Regierungsrat H. Dahinden ernannt worden. Der bisherige Chef des Katastrophenhilfekorps, Eduard Blaser, ist wegen schwerer Kompetenzüberschreitungen am Jahresende von Bundesrat Aubert abgesetzt worden, worauf dessen Vorgänger, Arthur Bill, wieder in dieses Amt eingesetzt wurde. Im April wurde Nationalrat Jean Clivaz (SP) zum neuen Generaldirektor PTT im Bereich Postdienste gewählt, und in der SRG ist Antonio Riva zum Nachfolger des abtretenden Generaldirektors dieses Medienmonopols bestimmt worden.

Im Berichtsjahr sind zwei Staatsbesuche zu vermelden, nämlich anfangs April ein Besuch des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog und vom 4. bis 6. Mai ein «grosser Bahnhof» für den deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Letzterer Besuch hat besonders grosses Publikumsinteresse erweckt, weil nämlich von Weizsäcker in den dreissiger Jahren während insgesamt sechs Jahren in der Schweiz gelebt hat, davon vier Jahre als Gym-



Brand- und Umweltkatastrophe in Basel anfangs November 1986

Ein vermutlich wegen Unsorgfältigkeit ausgebrochener Grossbrand auf dem Gelände der Chemie-Firma Sandoz in Schweizerhalle bei Basel hatte schwerwiegende Auswirkungen: durch das Löschwasser in den Rhein gelangte Chemikalien verursachten eine weitreichende Vergiftung des Flusses. Das Unglück hatte internationale umweltpolitische Konsequenzen.

(Keystone-Press AG, Zürich)

nasiast in Bern. Es ist noch nie vorgekommen, dass ein so hoher Gast sich mit seinen Gastgeber (inoffiziell) auf «Schwyzerdütsch» unterhalten konnte! Von Weizsäcker hat sich in Bern splendid revanchiert, indem er im Casino ein von Karajan dirigiertes Konzert offerierte.

* * *

In der Chronik der Geschehnisse im *Kanton Bern* ist zunächst festzuhalten, dass hier zum ersten Mal die Regierungsmehrheit nicht identisch war mit der Parteienmehrheit im kantonalen Parlament. Es bestand ein formell nicht vereinbartes Zusammengehen der nun über zwei Regierungsratssitze verfügenden Freien Liste mit den Sozialdemokraten, das aber von Fall zu Fall auch wieder nicht spielte. Eigentlich überraschend war, dass die Zusammenar-

beit innerhalb des bernischen Regierungsrats sehr viel besser war, als aufgrund der parteipolitischen und personellen Zusammensetzung seit den letzten Wahlen zu befürchten gewesen war. Diese Feststellung schliesst freilich nicht aus, dass es bisweilen zu Spannungen gekommen ist, die aber nie bis zu einem Krisenpunkt gediehen.

Hingegen machen sich nach wie vor die Nachwirkungen der Erschütterung des Vertrauens bemerkbar, wie sie das politische Klima im Kanton Bern im Vorjahr gekennzeichnet hatte. Die Aufdeckung einer weiteren Affäre, diesmal im Zusammenhang mit Spenden gemischtwirtschaftlicher Unternehmen an die drei grossen, in der Regierung vertretenen Parteien zur Finanzierung der Wahlen, trug nicht zur Beruhigung bei. Die Rolle, welche der im letzten Jahr zurückgetretene Regierungsrat Martignoni in der «Organisation» dieser Spenden gespielt hatte, führte dazu, dass er von seiner Partei, der SVP, praktisch auch noch gezwungen worden ist, auf die Nationalratswahlen hin auf seinen Sitz im Nationalrat zu verzichten. Strafrechtlich erfassbar sind in dieser Affäre allerdings keine Tatbestände, weshalb denn auch die Alt-Obergerichtspräsident Schrade aufgetragene Untersuchung wieder eingestellt worden ist.

Der Grosse Rat sprach am 18. November aufgrund einer Motion Schärer mit einem Stimmenmehr von 114:67 Stimmen den Verzicht auf das Kernkraftwerk Graben aus. Die Energiepolitik stand deutlich unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl, was sich auch in einer ambivalenten Haltung gegenüber dem Kernkraftwerk Mühleberg äusserte. Am 7. Dezember fand eine kantonale Abstimmung über ein neues, modernes Abfallgesetz statt, das als beispielgebend in dieser Materie bezeichnet worden ist. Mit rund 158 000 gegen nur 48 000 Stimmen gab das Bernervolk zu diesem Gesetz seine Zustimmung. Eine weitere, gute gesetzgeberische Leistung scheiterte am 5. April ganz knapp an einer verwerfenden Mehrheit des Souveräns. Mit dem Gesetz über die politischen Rechte hätte nämlich im Kanton Bern die Parteienfinanzierung

geregelt werden sollen, was gewissermassen eine Pionierleistung für die ganze Schweiz hätte werden können. Wegen der geplatzten Parteipendenafläre waren aber die Zeitumstände ungünstig, indem ein latentes Unbehagen den negativen Ausgang dieses Urnenentscheids präjudizierte. Von den sechs weiteren Vorlagen, die am gleichen Tag zu entscheiden waren, verdienen der «Volksbeschluss über die Verlegung der französischsprachigen Schule in Bern» und der «Volksbeschluss betreffend den Neubau des Bezirksspitals Belp» besondere Erwähnung. Im ersten Fall ging es um eine überzeugende Geste für die Zweisprachigkeit des Kantons, nachdem seit der Sezession des zum neuen Kanton Jura geschlagenen, ehemals bernischen Gebiets nunmehr im Kanton nur noch 8% das Französische zur Muttersprache haben. Im zweiten Fall ging es in Belp um das letzte Glied in der Kette des Ausbaus der Bezirksspitäler im Kanton. Beide Vorlagen wurden angenommen.

Nach dem Finanzplan sind im Kanton Bern wachsende Defizite in der Staatsrechnung zu erwarten. Gegen diese Entwicklung ist der Grosse Rat gesonnen Massnahmen zu ergreifen. Es soll insbesondere eine Einnahmenvermehrung herbeigeführt werden. Dennoch werden Steuerrabatte erwogen, und die bisher für die Finanzen des Kantons deutlich kontraproduktive Besteuerung der Kapitalgewinne wird aufgehoben. Eine wichtige Aufgabe wird der Wirtschaftsförderung beigemessen, weil nur von der Ansiedlung und Erhaltung einträglicher Industrieunternehmen eine ins Gewicht fallende Verbesserung des Steueraufkommens im Kanton erwartet werden kann.

Wie üblich fanden im Frühjahr 1987 die Neuwahlen zur Bestellung der Präsidenten von Regierung und Grosse Rat statt. Vor einer negativen politischen Geräuschkulisse ging die Wahl des neuen Regierungspräsidenten eher harzig über die Bühne; der von der SVP portierte Kandidat, Regierungsrat Bernhard Müller, wurde ostentativ mit dem nur knappen Resultat von 116 Stimmen gewählt. Demgegenüber erreichte der neue Grossratspräsident, Heinz Schwab (SVP), ein Landwirt

aus Ruchwil, mit 173 Stimmen ein Glanzresultat. Zu Vizepräsidenten wurden Rudolf Schmidlin (FDP, Laufen) und Otto Krebs (SP, Twann) mit 142 bzw. 141 Stimmen erkoren.

Unter den Varia des Berichtsjahres erwähnenswert sind zwei Strafverfahren, die grosses Aufsehen erregt haben, das eine gegen den ehemaligen Direktor des Tiefenauspitals, Walter Mamie, das andere gegen Oberrichter Monnin. Beiden Angeschuldigten werden Vermögensdelikte vorgeworfen. Die Prozesse sind noch im Gang. Zu erwähnen ist sodann, dass

am 19. Januar die Berner Kandidatur für die Durchführung der Winter-Olympiade 1994 mit einer Niederlage endete. Die Veranstaltung einer sog. Alpen-Gala als musikalisches Grossereignis in einem Zelt in Wengen erbrachte letzten Endes ein Defizit von 660 000 Franken. Allerdings konnte der Konkurs durch eine erfolgreiche Sanierungsaktion gerade noch knapp vermieden werden. Die Alpen-Gala-Festwochen werden 1987 wiederholt werden, allerdings diesmal in Gstaad. Im August 1986 konnte das Obersimmental das Jubiläum «600 Jahre beim Kanton Bern» feiern. Zu diesem Anlass fand in Zweisimmen eine grosse Feier statt.

In die Berner Annalen unliebsam eingegangen ist eine in Gewalttätigkeiten ausufernde Demonstration zum Gedenken an Tschernobyl, die unter dem Slogan «für eine AKW-freie Zukunft» lief. Es kam, weil die Demonstranten von der Stadtpolizei Bern nicht bewilligte Routen in der Innenstadt benutzen wollten, zu schweren Zusammenstössen mit der Polizei. Diese war wegen einer gleichzeitig stattfindenden



Grossbrand in Interlaken am 27. Dezember 1986

Das eben renovierte Hotel «Garni Savoy» im bekannten Oberländer Kurort wurde kurz nach seiner Wiedereröffnung zu einem grossen Teil ein Raub der Flammen. Zum Glück waren keine Menschenopfer zu beklagen.

(Keystone-Press AG, Zürich)

den Ausstellung (BEA) angewiesen, den Durchgangsverkehr aufrechtzuerhalten. Ob es freilich notwendig war, auch Tränengas einzusetzen, ist umstritten geblieben. Es steht aber fest, dass die Polizei – offenbar hauptsächlich von herbeigereisten Chaoten – arg provoziert worden ist.

Zuletzt noch eine für Bern nicht unwichtige Neuigkeit: Nachdem 1986 im Bärengraben die Mutzen keine Nachkommenschaft gezeugt haben, tummeln sich seit Frühjahr 1987 dort wieder zwei Bärenkinder zur Freude aller. Es scheint wieder aufwärts zu gehen mit Bern!

Hans Rudolf Böckli

HOLLYWOOD

«Mary, ist der Herr mit dir verwandt?»

«Mabel, nur zum Teil, denn er ist der fünfte Mann der dritten Frau meines vierten Gatten!»